

---

Gunter Kohlmei

## Zu einigen Fragen der sozialistischen Wirtschaftsleitung

(abgedruckt in: Sozialismus, 7/8-98, S. 24/25)

Bei uns wird zuweilen eine Zwei-Etappen-Konzeption vertreten: bisher hätten wir ein Phase notwendig starker Zentralisierung der Wirtschaftsleitung durchlaufen und nun, nach gründlicher Festigung unserer Wirtschaft, beginne eine Periode der weitgehenden Dezentralisierung. Das sei das Kernproblem der gegenwärtig vorzunehmenden Änderungen unserer ökonomischen Leitungsmethoden.

Ich halte diese Auffassung aus folgenden Gründen für einseitig und unvollkommen.

Einerseits ist Dezentralisierung nur eine äußerliche Frage, eine Frage der Organisation und nicht des Inhalts des sozialistischen Wirtschaftens. Man kann auch den Bürokratismus dezentralisieren. Muß man nicht z. B. die vor einigen Jahren erfolgte Bildung der DIA-Fachanstalten als Dezentralisierung bezeichnen? Verringerte dieser Schritt jedoch den Bürokratismus? Wer wollte das behaupten?

Andererseits war die bisherige Zentralisierung nur zum Teil ökonomisch und politisch notwendig und sinnvoll. Richtig ist, daß die Arbeiterklasse in der ersten Zeit des sozialistischen Aufbaus eine stärkere zentrale Wirtschaftsleitung braucht, um sowohl Ausbeutung und Spekulation zu bekämpfen als auch die sozialistischen Wirtschaftspositionen selbst zu organisieren. Wir sollten aber nüchtern erkennen, daß unsere bisherige Zentralisierung an unwissenschaftlichen und unwirtschaftlichen Methoden krankte: die Bilanzierung war unvollkommen, die Preispolitik war sehr mangelhaft, es gab wirtschaftliche Verluste im zentralisierten Außenhandel, die Investitionspolitik war sprunghaft usw. Disproportionale Wirtschaftsentwicklungen blieben bekanntlich nicht aus. Wenn wir nunmehr stark dezentralisieren, aber den Subjektivismus und Empirismus in der verbleibenden zentralen Leitung der Wirtschaft nicht ausmerzen, wird die Dezentralisierung nur begrenzten wirtschaftlichen Nutzen bringen.

Es ist zu beachten, daß sozialistische Wirtschaft immer eine stark zentralisierte Leitung der grundlegenden Positionen des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses möglich und notwendig macht; denn moderne Großproduktion (Konzentration der Produktivkräfte, Vergesellschaftung der Produktion) verlangt planmäßige zentrale Führung. Allerdings brauchen wir dafür viel vollkommenere wissenschaftliche Methoden (auch Analysen) als bisher; auch brauchen wir einen viel moderneren technisch-organisatorischen Apparat der statistischen Erhebungen, Berichterstattungen, Betriebsanalysen, volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung usw.

Dezentralisierung ist gegenwärtig dringend notwendig, stellt aber kein Allheilmittel dar. So kann z. B. auch die radikalste Dezentralisierung bestimmte Disproportionen zwischen Grundstoff- und verarbeitender Industrie, die gegenwärtig im sozialistischen Lager zu verzeichnen sind, nicht beseitigen. Dazu sind andere Maßnahmen notwendig.

Auf jeden Fall muß jeder Dezentralisierung eine theoretische Konzeption des gesamten zentral und dezentralisiert zu steuernden ökonomischen Mechanismus zugrundeliegen. Wenn das nicht der Fall ist – und bei uns ist das zum Teil nicht der Fall – werden uns nach einiger Zeit verschiedene Dezentralisierungsmaßnahmen gleichen Ärger bringen wie heute die Überzentralisierung.

Die Hauptaufgaben bei der gründlichen Änderung unserer sozialistischen Wirtschaftsleitung scheinen mir ihre »Ökonomisierung« und Demokratisierung zu sein.

Was ist mit »Ökonomisierung« gemeint?

Ich möchte damit vor allem zum Ausdruck bringen, daß wir entschieden mehr durch Berücksichtigung und Koordinierung aller Wertformen (Geld, Preis, Kosten, Lohn, Rentabilität, Kredit, Zins usw.) wirtschaften müssen. Zugespitzt formuliert: *An die Stelle des administrativen Befehls muß für die volkseigenen Betriebe der ökonomische Impuls treten, betriebswirtschaftlich rationell und volkswirtschaftlich sinnvoll zu produzieren.*

Wie oft standen und stehen doch gesetzliche oder ministerielle Vorschriften im Widerspruch zu den ökonomischen Interessen des Betriebes und zur Rentabilität der gesamten Volkswirtschaft! Hemmt nicht z. B. die Kreditierung nach Richtsätzen unseren Außenhandel oft daran, bei günstiger Weltmarktlage ausreichend und rechtzeitig einzukaufen? Wollen wir weiter dulden, daß z. B. ein Kranbaubetrieb, der bei einem neuen Kranmodell eine

Materialeinsparung von fast 25 v. H. erzielt, dafür wegen der sich ergebenden Preisänderung mit einer Kürzung seines Direktorfonds um fast 2/3 bestraft wird? Hier und in zehntausend anderen Fällen widerspricht die wissenschaftlich häufig unsinnige, für jeden Einzelfall viel zu starre Zentralvorschrift den wirtschaftlichen Interessen des Betriebes und der gesamten Gesellschaft. Auf diesem Wege ist, wie allgemein bekannt, der technische Fortschritt trotz des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln nicht genügend forciert, sondern oft gehemmt worden. Es entstanden hohe Verluste.

Der volkswirtschaftliche Kreislauf- und Reproduktionsprozeß stellt die Verschlingung unendlich vieler wirtschaftlicher Einzelvorgänge dar. Sowohl materiell als auch finanziell geht hier im einzelnen ständige Expansion und Kontraktion vor sich. Allen diesen Einzelprozessen können generelle Zentralvorschriften nie gerecht werden.

Was ist also zu ändern?

Zunächst ist, wie weiter oben schon betont, das wissenschaftliche System der Zentralplanung, Bilanzierung und Wirtschaftsanalyse wesentlich zu verbessern. Vor allem benötigen wir gründliche ökonomische Analysen, d. h. ein ständiges Vorausberechnen, Durchrechnen und Abrechnen des gesamten Wirtschaftsprozesses.

Ferner müßte den volkseigenen Betrieben unbedingt größere ökonomische Selbständigkeit gegeben werden. Der wirtschaftlichen Rechnungsführung, die bisher bürokratisch verzerrt war, muß jener Spielraum gewährt werden, der ihr zukommt. Der Betrieb darf nicht durch die Planaufgabe zur Aufrechterhaltung veralteter Produktion gezwungen werden, während ihn z. B. die Direktorfondsbestimmungen zu ganz anderen Produktionen anregen. Wir müssen erreichen, daß die einzelnen finanziellen Hebel (Kosten Direktorfonds, Kredit, Preis usw.) nicht gegeneinander wirken, sondern einander zu einem sinnvollen System der wirtschaftlichen Rechnungsführung ergänzen. In Zukunft müßten wenige, weit genug gefaßte zentrale Bestimmungen, Kredite, Löhne, Preise usw., den Betrieb zur Wahl eben jener Produktionen zwingen, die den Erfordernissen des volkswirtschaftlichen Gleichgewichts und Wachstums möglichst vollständig entsprechen. Zweifellos wird es dabei mehr Betriebsegoismus und auch -spontaneität geben; aber das ist volkswirtschaftlich rentabler als die unerträglichen spontanen Planänderungen der verschiedenen Zentralen.

Auf diesen Grundlagen muß der Staat die ökonomischen Prozesse vom Zentrum aus in erster Linie durch eine bewegliche Preis-, Kredit-, Zinspolitik usw. steuern und nicht mit bürokratischen Befehlen. Ich könnte mir denken, daß diese Steuerung folgendermaßen vor sich geht: ein-mal mit Hilfe der Investitionsmittelverteilung (meiner Auffassung nach auf Kredit und gegen Zins), der Lohnfondszuweisung und der Festpreispolitik für Grundstoffe, der wichtigsten Produktionsinstrumente und Konsumgüter; zweitens könnte jeder Wirtschaftszweig zusätzlich durch direkte zentrale Einflußnahme auf einige wenige Großbetriebe, die diesen Wirtschaftszweig entscheidend bestimmen, gesteuert werden. Die Hauptverwaltungen könnten aufgelöst und die vielen kleineren und mittleren Betriebe in »Trusts« (oder dergleichen), die nach der wirtschaftlichen Rechnungsführung arbeiten, zusammengefaßt werden.

Auf diesem Wege werden mächtige Energien unserer Werktätigen freigesetzt. Die Initiative erhält Spielraum und das Verantwortungsbewußtsein wächst. Propaganda und Agitation werden dann nicht mehr so sehr, wie gegenwärtig oft, ins Leere stoßen, weil sie mit den unmittelbaren Interessen des einzelnen und des Betriebes nicht korrespondieren.

Dabei geht es nicht nur um finanzielle Interessen, es geht auch um den Berufsstolz. Jeder gute Arbeiter ärgert sich über den Rhythmus von Wartezeit und Stoßarbeit, er will gleichmäßig und erstklassig arbeiten. Jeder leitende Ingenieur ist zutiefst unglücklich, wenn er ein Drittel oder gar die Hälfte seiner Arbeitszeit auf bürokratischen Kram verwenden muß.

Es ist nicht so (man hört es aber oft), daß die Unfähigkeit mittlerer und unterer Funktionäre den Bürokratismus erzeugt habe. Dieser Bürokratismus ist das Produkt unseres ganzen bisherigen Leitungssystems, das einer gesteuerten Bewegung der Wertformen und ihrer Ausnutzung durch die Betriebe völlig ungenügenden Spielraum ließ.

Wir haben in unserer Republik prächtige Arbeiter, erfahrene Angestellte, viele gute Techniker, Ingenieure usw. Warum aber stehen sie bestimmten Fragen unserer wirtschaftlichen Entwicklung oft gleichgültig gegenüber? Weil sie zu wenig selbst entscheiden dürfen, und weil sie vor allem zu oft an administrativem Widersinn verzweifeln. Das gilt vor allem für die Betriebsleiter, die ständig zwischen zwei Mühlsteinen zerrieben werden. Die Spitze unserer Wirtschaftsführung kann noch so klug sein – den ökonomischen Einzelprozeß kann sie nicht direkt regeln. Man kann den biblischen

Hausvater Abraham, der alles selbst entscheidet, nicht ausgerechnet im Sozialismus auferstehen lassen!

Diese »Ökonomisierung« unserer Wirtschaftsleitung – d. h. die wissenschaftlich begründete zentrale Leitung in sinnvoller Einheit mit den operativ stark verselbständigten Betrieben – wird die mit dem gesellschaftlichen Eigentum an den Produktionsmitteln gegebenen Möglichkeiten wirklich demokratisch organisierten Wirtschaftens in volle Realität verwandeln. Unter dieser Voraussetzung werden die Arbeiterkomitees der Betriebe wirklich Aktionsradius haben. Es muß sich für sie materiell wirklich lohnen, über den Direktorfonds (in Zukunft besser: Betriebsfonds) zu entscheiden; es muß für sie wirklich Sinn haben, die Lagerwirtschaft zu verbessern, weil die Starrheit der Richtsatzreglementierung durch die Beweglichkeit von Rentabilität, Kredit, Zins usw. ersetzt worden ist; es muß für sie wirklich Sinn haben, den Betriebsplan zu konkretisieren, weil er dann nicht mehr von irgendeiner Administration beliebig geändert werden kann.

So werden die Arbeiterkomitees (wohl besser Arbeiter- oder Betriebsräte) *ein wirkungsvolles Element der Betriebsleitung sein* und nicht nur Beiräte, wie zum Teil vorgeschlagen wird. Eine richtige »Ökonomisierung« unseres Wirtschaftens, deren Verwirklichung natürlich längere Zeit in Anspruch nehmen würde, müßte dann notwendig einen größeren Aufgabenkreis für die Betriebsräte (Arbeiterkomitees) mit sich bringen, als er im Aufruf des 29. Plenums zunächst umrissen wurde.

*Dezember 1956*